

99%
INITIATIVE



JA ZUR 99%-INITIATIVE!
**INFORMATIONEN UND ARGUMENTE
ZUR INITIATIVE „LÖHNE ENTLASTEN,
KAPITAL GERECHT BESTEUERN“**

DIE 99%-INITIATIVE: FÜR GERECHTIGKEIT UND EINEN STARKEN SERVICE PUBLIC!

Ein JA zur 99%-Initiative bedeutet:

Mehr Gerechtigkeit!

Der Wohlstand in der Schweiz wird von den 99% erschaffen, die jeden Tag in Büros, Supermärkten oder Spitälern arbeiten, nicht von einer Handvoll Superreichen, die von leistungsfreien Profiten leben. Mit einer höheren Besteuerung der Reichsten geben wir das Geld an die wahren Leistungsträger*innen unserer Gesellschaft zurück.

Ein starker Service Public und eine Entlastung der Löhne!

Steigenden Mieten und Krankenkassenprämien fressen einen immer grösseren Teil des Einkommens der Menschen. Die 99%-Initiative entlastet die Löhne, durch Steuersenkungen und eine Stärkung des Service Public, z.B. durch höhere Prämienverbilligungen, Investitionen in Kitas oder einen Ausbau des ÖVs.

Weniger Krisen auf dem Buckel der 99%!

Mit dem Anstieg der Vermögensungleichheit droht sich unser Wirtschaftssystem selbst zu zerfleischen. Die Konzentration des Reichtums in den Händen einer kleinen Minderheit begünstigt Wirtschaftskrisen, während die Kaufkraft der breiten Bevölkerung sinkt. Darunter leiden die 99% und insbesondere kleine Unternehmen.

Ein Schritt in eine feministische Zukunft!

Frauen leisten in der Schweiz noch immer doppelt so viel unbezahlte Arbeit im Haushalt und erhalten tiefere Löhne für dieselbe Arbeit. Armut ist in der Schweiz vorwiegend weiblich. Mit der 99%-Initiative ermöglichen wir einen Ausbau des Service Public und eine Entlastung der tiefen Einkommen, wovon insbesondere Frauen profitieren.

Eine Stärkung der Demokratie!

Die soziale Ungleichheit droht unsere Gesellschaft zu zerreißen. Superreiche kaufen sich ganze Medienhäuser und beeinflussen die Politik durch Lobbying und teure Abstimmungskampagnen. Die Folge sind undemokratische Machtverhältnisse auf Kosten der 99%. Unsere Initiative gibt Gegensteuer.

WORUM GEHT ES?

Die Vermögensungleichheit in der Schweiz nimmt seit Jahren zu. Das reichste 1% besitzt heute mehr als 43% der Gesamtvermögen. Ein wichtiger Treiber dieser Entwicklung sind Kapitaleinkommen, also Dividenden, Aktiengewinne und Zinsen, welche den Reichsten jedes Jahr Milliarden in die Taschen spülen. Die 99%-Initiative will diese leistungsfreien Einkommen endlich gerechter besteuern: Kapitaleinkommen über 100'000 Franken sollen 1.5-fach so hoch besteuert werden wie Arbeitseinkommen. Mit den zusätzlichen 10 Milliarden Steuereinnahmen sollen die tiefen und mittleren Einkommen entlastet werden. Entweder durch Steuersenkungen oder einen Ausbau des Service Public.

INHALT

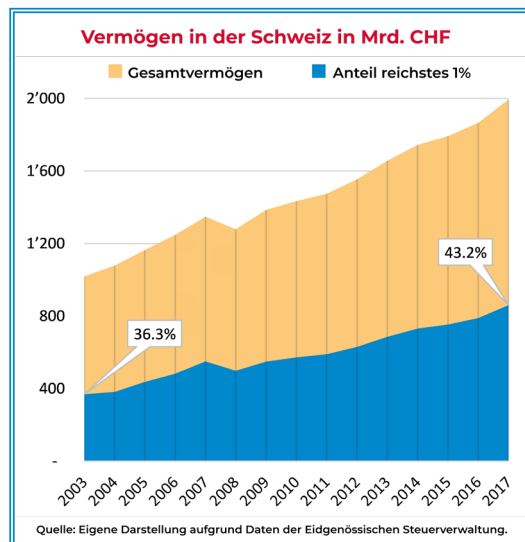
Ausgangslage	4
Anstieg der Vermögensungleichheit	4
Kapitaleinkommen:	6
Treiber der Ungleichheit	6
Entlastung des Kapitals, Belastung der Arbeit	8
Politische Macht der Reichen	10
Ungleichheit führt zu Krisen und schadet der Gesellschaft	11
Ungleichheit: Affront gegenüber der arbeitenden Bevölkerung	12
Digitalisierung und Automatisierung stärken das Kapital	13
Die Corona-Krise führt zu weiterer Spaltung	13
Die 99%-Initiative	15
Initiativtext	15
Was will die Initiative?	15
Auswirkungen der Initiative	16
Rechenbeispiel	16
Wer ist betroffen?	17
Mehreinnahmen	17
Wohin geht das Geld	18
Was die Schweiz gewinnen kann	18
Mehr Gerechtigkeit!	18
Stärkung der Demokratie!	19
Entlastung der Löhne und mehr Service Public	20
Schutz vor Krisen und ökonomischer Instabilität	20
Stärkung der Frauen	21
Behauptungen unserer Gegner*innen	22
«Alle Reichen ziehen weg»	22
«Die Initiative schadet den KMU»	22
«Am Schluss leiden die tiefen Einkommen»	24
«Die Initiative zerstört die Startup-Szene in der Schweiz»	24
«Höhere Steuern behindern Investitionen»	25

AUSGANGSLAGE

ANSTIEG DER VERMÖGENSUNGLEICHHEIT

Die Schweiz ist heute eines der wohlhabendsten Länder der Welt, es gibt keinen Staat in dem das Durchschnittsvermögen höher liegt als in der Schweiz. In den letzten Jahrzehnten ist der Wohlstand in der Schweiz stark angestiegen, doch von diesem Zuwachs hat insbesondere eine kleine Minderheit profitiert: Während das reichste 1% 2003 gut 36% der Gesamtvermögen in der Schweiz auf sich vereinte, liegt ihr Anteil heute bereits bei über 43%.

Am stärksten zugelegt haben dabei die Reichsten der Reichen: 2003 besaßen die 300 Reichsten in der Schweiz insgesamt 352 Milliarden Franken¹. 2020 waren es schon 707 Milliarden Franken. Dies entspricht einem Zuwachs von 355 Milliarden Franken. Im Durchschnitt haben die 300 Reichsten ihr Vermögen also jede Stunde um 2.4 Millionen Franken erhöht. Die Ungleichheit in der Schweiz ist seit 100 Jahren statistisch erfasst. In dieser Zeit lag der Vermögensanteil des reichsten 0.1 Prozent noch nie so hoch wie heute².



Am unteren Ende der Vermögensverteilung sieht es anders aus: Jede vierte Person in der Schweiz besitzt gar kein Vermögen oder ist sogar verschuldet³. Während die Reichen immer reicher werden und unvorstellbare Privilegien erhalten, steigt die Zahl der Armutsbetroffenen an: 2019 waren in der Schweiz 735'000 Menschen von Einkommensarmut betroffen - das ist fast jede zehnte Person. 155'000 Personen sind sogar erwerbstätig und kommen dennoch nicht über die Runden⁴. Auch für die Menschen mit mittleren Einkommen wird die Luft dünner: Die steigenden Krankenkassenprämien und Mieten fressen einen immer grösseren Teil ihrer Löhne.

1 [300 Reichste der Schweiz wurden wieder reicher - SWI swissinfo.ch](#)

2 Lampart, Gallusser, Schüpbach (2015): SGB-Verteilungsbericht 2015

3 [Vermögensverteilung - Die Welt wird reicher – aber reicht's für alle?](#)

4 [Caritas: Armut in der Schweiz](#)

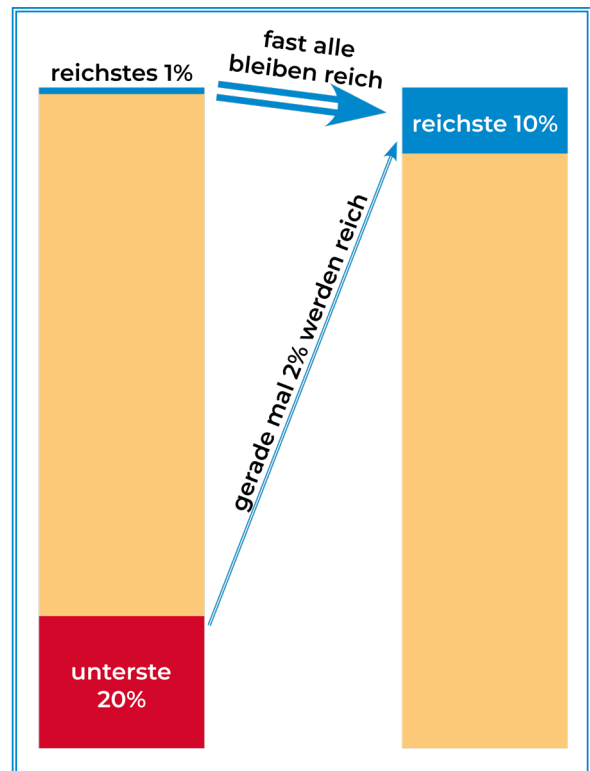
Der Mythos des sozialen Aufstiegs

Die Türen zu diesem exklusiven Club der Superreichen sind weitgehend geschlossen. Wer in der Schweiz einmal zu den Superreichen gehört, bleibt es in aller Regel auch. 99% der Menschen, welche 2003 zum vermögendsten 1% gehörten, zählten auch 10 Jahre später noch zu den 10% der Reichsten. Gleichzeitig ist die Wahrscheinlichkeit verschwindend klein, dass Personen von ganz unten nach oben aufsteigen - nur 2% aus dem ärmsten Fünftel schaffen es in die reichsten 10%⁵.

Anders als das Märchen der Leistungsgerechtigkeit uns glauben machen will, sind grosse Vermögen in der Schweiz meist die Folge von privilegierten familiären Verhältnissen. Dabei stechen insbesondere die hohen Erbschaften ins Auge, die seit Jahren stetig ansteigen.

2010 wurden in der Schweiz knapp 60 Milliarden Franken vererbt, heute liegt dieser Betrag bereits bei 95 Milliarden Franken, was ca. 13.5% des gesamten BIP entspricht.

Hohe Beträge fliessen dabei nur an eine kleine Minderheit: Nur 1.5% der Erbschaften liegt über einer Million⁶. In den Genuss dieser grossen Erbschaften kommen insbesondere jene Menschen, die schon vor ihrer Erbschaft an der Spitze der Einkommens- und Vermögensverteilung standen. Aus dem Kanton Bern wissen wir, dass das vermögensstärkste 1% rund 42 Prozent aller Erbschaften über 2 Millionen erhält⁷. Ein Mitglied des reichsten 1% erhält so im Mittel 75'000 Fr. an Erbschaften und Schenkungen⁸.



Die breite Bevölkerung profitiert immer weniger von diesen enormen Vermögenstransfers: Während 1990 von jedem vererbten Franken ca. 4.1 Rappen als Erbschaftssteuer an die öffentliche Hand floss, liegt dieser Beitrag heute bei mickrigen 1.4 Rappen. Reichtum wird in der Schweiz innerhalb von Familien weitergegeben und wer nicht das Glück hatte, in privilegierte Verhältnisse hineingeboren zu werden, hat nur geringe Chancen, sich ans obere Ende der Vermögensverteilung zu kämpfen.

Die höchsten Vermögen haben sich verselbständigt

Während die Schweiz im Hinblick auf die Vermögensverteilung eines der ungleichsten Länder der Welt ist, befindet sie sich bei der Einkommensungleichheit im untersten Drittel. Dies mag auf den ersten Blick erstaunen, doch es bestätigt auch eine wichtige Erkenntnis: Die krasse Vermögensungleichheit in der Schweiz rührt nicht nur von ungleichen Löhnen, sondern von exorbitanten Vermögen, deren Wachstum sich längst verselbständigt hat. Der Motor dieser

5 Martinez (2020): In It Together? Inequality and the Joint Distribution of Income and Wealth in Switzerland

6 SRF: So viel erben Schweizer 2020

7 Fluder (2015): Erbschaften und Schenkungen im Kanton Bern, 2002-2012

8 Martinez (2020): In It Together? Inequality and the Joint Distribution of Income and Wealth in Switzerland

zunehmenden Konzentrierung des Reichtums sind Kapitaleinkommen, die den Reichsten ohne Leistung immer mehr Geld auf ihre Bankkontos spülen und so auch die Einkommensungleichheit zunehmend verschärfen.

KAPITALEINKOMMEN:

TREIBER DER UNGLEICHHEIT

Unter Kapitaleinkommen verstehen wir jene Einkommensteile, welche nicht durch Lohnarbeit oder selbständige Tätigkeit generiert werden. Sie entstehen auch nicht aus Ansprüchen auf Sozialversicherungen, sondern belohnen angelegtes Vermögen.

Darunter fallen etwa Dividenden, Zinsen, Aktienkursgewinne und Mieteinnahmen. Kapitaleinkommen und Lohneinkommen stammen dabei aus dem gleichen Topf. Die erwirtschaftete Wertschöpfung in Unternehmen wird aufgeteilt: Ein Teil des Geldes fließt als Löhne an die Belegschaft und der Rest fließt als Kapitaleinkommen an die Eigentümer*innen von Unternehmen und Grossaktionär*innen. Der Anteil des Kapitals wird nicht immer sofort ausgeschüttet, sondern wird zum Teil zur Erzielung von zukünftigen Profiten im Unternehmen belassen. Daraus resultieren Wertsteigerungen, welche z.B. beim Verkauf von Aktien als Gewinne realisiert werden (Aktien werden also günstig gekauft und

teurer verkauft).

Was sind Kapitaleinkommen?

Unter Kapitaleinkommen verstehen wir alle Einkommen, die nicht durch Lohnarbeit, selbständige Tätigkeit oder Ansprüchen aus Sozialversicherungen generiert werden. Darunter fallen etwa Dividenden, Zinsen, Mieteinnahmen und Kapitalgewinne.

Was sind Kapitalgewinne?

Kapitalgewinne sind eine Kategorie von Kapitaleinkommen, bei denen Profite erwirtschaftet werden, indem Anlagen günstig gekauft und anschliessend teurer veräussert werden. Kapitalgewinne können z.B. beim Verkauf von Immobilien, Unternehmen oder Aktien anfallen. Bei letzterem sprechen wir von Aktiengewinnen oder Kursgewinnen. Aktiengesellschaften haben die Wahl, ob sie ihre Profite jährlich als Dividendenausschüttungen oder ob sie den Gewinn im Unternehmen belassen wollen, damit der Aktienkurs steigt und die Aktionär*innen beim Verkauf ihrer Anteile Kursgewinne einstreichen können. Diese Milliarden-Profite müssen in der Schweiz heute nicht versteuert werden.

Dabei besteht ein klarer Interessenkonflikt zwischen Besitzenden und Arbeitenden: Höhere Löhne für die Angestellten bedeuten tiefere Profite fürs Kapital und umgekehrt. Die Besitzenden sitzen dabei immer am längeren Hebel, weil die endgültige Entscheidungsmacht über die Unternehmensführung alleine bei ihnen liegt.

Unser Wirtschaftssystem funktioniert heute nach einem klaren Muster: Die Kapitalbesitzenden legen ihr Geld an, damit werden Produktionsmittel gekauft und Arbeiter*innen angestellt. Durch die investierte Arbeitskraft entsteht ein Mehrwert, der aus der Differenz der Produktionskosten und dem erzielten

Verkaufspreis besteht. Über diesen Mehrwert bestimmen alleine die Besitzenden und einer der einfachsten Wege ihn zu vergrössern, ist eine Senkung der Lohnkosten.

Um Grossaktionär*innen höhere Kapitaleinkommen auszuzahlen, werden also Löhne gedrückt, der Leistungsdruck am Arbeitsplatz wird erhöht und wenig gewinnbringende Stellen werden gestrichen.

Ein Blick auf 33 der grössten börsenkotierten Konzerne in der Schweiz verdeutlicht, wie die Wertschöpfung zwischen Kapital und Arbeit in der Schweiz verteilt wird. Im Jahr 2019 stiegen die Zahlungen an die Aktionär*innen in besagten Unternehmen auf 63 Milliarden Franken an, während die Lohnzahlungen für die 1.6 Millionen Angestellten mit 140 Milliarden Franken zu Buche schlugen⁹. Jeder dritte Franken, den die Belegschaft erwirtschaftet hat, floss also an Kapitalbesitzende, die keinen Finger dafür gekrümmt haben.

Die Reichsten profitieren

Gemäss der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)¹⁰ werden in der Schweiz jährlich mehr als 70 Milliarden Franken Kapitaleinkommen an Privatpersonen ausgeschüttet. Darin nicht erfasst sind die Kapitalgewinne, also Profite zum Beispiel aus Aktienverkäufen, sowie Mieteinnahmen.

Auch wenn Zahlen für die Schweiz nicht erfasst werden, wissen wir aus anderen Ländern, dass diese Kapitalgewinne insbesondere bei den Einkommen der Reichsten von zentraler Bedeutung sind. So erhält das einkommensstärkste 1% in den USA rund 36% seines Einkommens durch Kapitalgewinne¹⁰.

Auch die Mieteinnahmen dürften in der Schweiz eine wichtige Rolle spielen bei der Erklärung der grossen Differenz zwischen dem Grad der Vermögens- und der Einkommensungleichheit. In Europa gibt es keinen Staat, in dem die Wohneigentumsquote tiefer liegt als in der Schweiz. Während in der Europäischen Union im Durchschnitt rund 70% der Menschen ihren eigenen Wohnraum besitzen, liegt diese Zahl hierzulande nur bei rund 40%¹¹. Die überhöhten Mieten sorgen damit für eine ungewöhnlich hohe Umverteilung von jährlich 15 Milliarden Franken von Mieter*innen zu reichen Immobilieneigentümer*innen¹².

Kapitaleinkommen kommen in ihrer überwältigenden Mehrheit den reichsten Schweizer*innen zu. Kleinsparer*innen, welche Zinsen auf ihrem Sparkonto erhalten oder ein paar tausend Franken in Aktien angelegt haben, fallen dabei kaum ins Gewicht.

Schon wenn Kapitaleinkommen bloss proportional zur Grösse des investierten Vermögens wären, würde die überwältigende Mehrheit ans reichste 1% gehen¹³. Eine Studie für die Schweiz zeigt zudem, dass die Kapitalrenditen auf Finanzvermögen beim reichsten 1% mehr als doppelt

9 [VGR 2020, Kontensequenz der Gesamtwirtschaft und der institutionellen Sektoren, zu laufenden Preisen](#)

10 <https://fivethirtyeight.com/features/the-top-1-percent-earns-a-lot-from-cashing-in-on-investments/>

11 <https://www.capital.de/immobilien/das-sind-die-laender-mit-den-meisten-und-den-wenigsten-hausbesitzern>

12 <https://www.mieterverband.ch/mv/politik-positionen/news/referenzzinssatz/raiffeisenbank-vor-ueberhitzung.html>

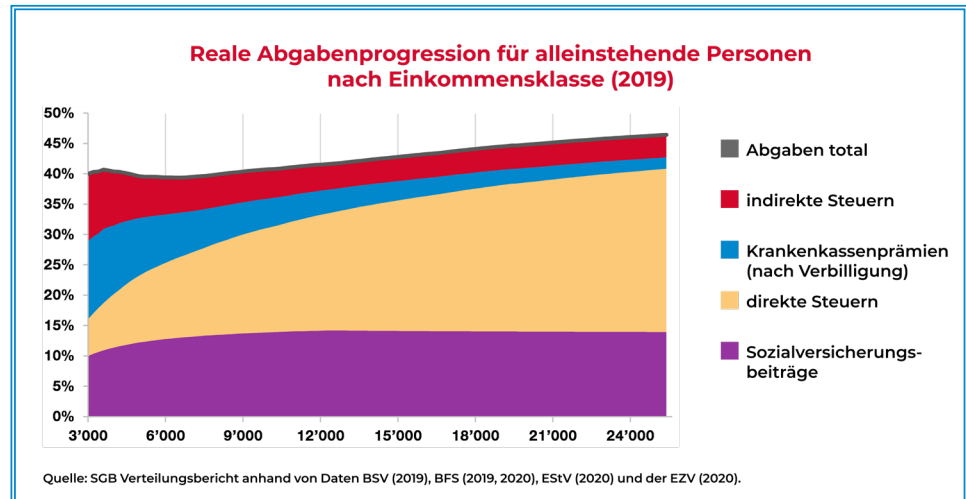
13 Vgl. Zahlen zur Vermögensverteilung in der Schweiz

so hoch sind wie diejenigen am Median¹⁴. Die Kapitalgewinne werden dabei nicht berücksichtigt und dürften das Bild noch zusätzlich zugunsten des 1% verzerren, weil mit grösserem Vermögen mehr Aktien und Wertschriften gehalten werden, die auch Kursgewinne abwerfen. Die Reichen kriegen damit höhere Kapitaleinkommen pro Franken Vermögen als die übrige Bevölkerung. So erstaunt es nicht, dass das reichste 1% heute über 60% der gesamten Kapitaleinkommen in der Schweiz auf sich vereint¹⁵. Die Vermögenskonzentration verstärkt sich damit zunehmend selbst.

ENTLASTUNG DES KAPITALS, BELASTUNG DER ARBEIT

In der Vergangenheit waren Staaten bemüht, durch Rückverteilung die gefährliche Konzentration der Vermögen zu bremsen. Klassisches Beispiel ist Roosevelts „New Deal“, der umfangreiche Sozialprogramme einführte – finanziert mit höheren Steuern und einem Spitzensteuersatz von 79%.

Seit der neoliberalen Wende in den 70er Jahren werden diese Bemühungen unter dem Schlagwort „Standortwettbewerb“ mehr und mehr durch Steuersenkungen für die Reichsten ersetzt. In den letzten Jahren wurden viele Kapitaleinkommen und Gewinne sogar komplett von der Steuerpflicht befreit. Die Schweiz war hier ganz vorne mit dabei und senkte die Einkommenssteuern für Topverdiener*innen seit 1984 um rund 15%. Zudem müssen Grossaktionär*innen, welche mindestens 10% der Aktien eines Unternehmens besitzen, auf Bundesebene nur 70% und auf kantonaler Ebene mindestens 50% ihrer Dividenden versteuern. Anders als in den meisten Ländern, erhebt die Schweiz auch keine Steuer auf Aktiengewinne. Für die Reichsten sind die effektiv bezahlten Einkommenssteuern in der Schweiz real nicht mehr progressiv, weil sie den Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und Gemeinden ausnützen, um tiefer besteuert zu werden.¹⁶ Die Progression der Steuern und Abgaben



ist in der Schweiz aber auch insgesamt äusserst tief, besonders weil die Krankenkassenprämien nicht über progressive Steuern finanziert werden.¹⁷

¹⁴ [Heterogeneity in Returns to Wealth - Evidence from Swiss Administrative Data by Marc Brunner, Jonas Meier, Armando Naef: SSRN](#)

¹⁵ Eigene Berechnung auf Basis von Brunner Meier, Naef und der aktuellen Vermögensverteilung (die Reichsten besitzen über 40%)

¹⁶ Roller & Schmidheiny (2016): Effective Tax Rates and Effective Progressivity in a Fiscally Decentralized Country

¹⁷ Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2020): Verteilungsbericht 2020

Steuersenkungen fürs Kapital

Nebst den insgesamt tieferen Steuersätzen kam es auch zu einer Verschiebung der Steuerlast: Kapital und die daraus entstehenden Gewinne und Einkommen werden weniger besteuert. Die Liste der Reformen zugunsten des Kapitals ist lang, deswegen beschränken wir uns an dieser Stelle auf die Reformen, welche zwischen 1998 und 2016 durchgeführt wurden. Alle aufgeführten Steuerreformen auf Bundes- und Kantonsebene haben zu grossen jährlich wiederkehrenden Steuerausfällen geführt, doch präzise Schätzungen fehlen bei vielen:

- Abschaffung der Erbschaftssteuern für direkte Nachkommen (ca. 2 Milliarden Franken Steuerausfälle)
- Einführung von Steuerregimes für Statusgesellschaften, unter anderem das Holding-Privileg
- Senkung der Stempelabgaben von 2001 bis 2012 (600 Mio. Franken Steuerausfälle)
- Unternehmenssteuerreform I: Proportionaler Steuertarif und Abschaffung der Kapitalsteuer
- Reduktion der Grundsteuern (ca. 1 Milliarde Franken Steuerausfälle)
- Unternehmenssteuerreform II: Kapitaleinlageprinzip und privilegierte Dividendenbesteuerung (1.6 bis 2.2 Milliarden Franken Steuerausfälle)
- Verrechnungssteuerbefreiung von Coco-Bonds (21 Mio. Franken Steuerausfälle)

Das Kapital kam in den letzten Jahren also in den Genuss von Steuersenkungen, welche die öffentliche Hand jedes Jahr mindestens 5-6 Milliarden Franken kosten. Dies entspricht etwa den gesamten jährlichen Militärausgaben der Schweiz.¹⁸ Dazu kommen alle Reformen, bei denen es keine Ausfall-Schätzungen gibt.

Gleichzeitig wurden der Konsum und Arbeitseinkommen stärker belastet. Etwa durch die steigende Mehrwertsteuer, die Tabaksteuer oder die gestiegenen Sozialversicherungsbeiträge. Die Reichen wurden in den letzten Jahren also massiv steuerlich entlastet, während die 99% mehr bezahlen.

Standortwettbewerb zerstört Wohlstand

Dies ist nicht nur aus Gesichtspunkten der Gerechtigkeit kaum legitimierbar, diese Politik kann langfristig auch nicht erfolgreich sein: Selbst wenn ein Land durch aggressive Steuersenkungen einige reiche Zuzüger*innen verzeichnen kann, ist dieser Vorteil nur vorübergehend. Sobald weitere Länder nachziehen, verschwindet der vermeintliche Gewinn. Bei diesem “race to the bottom” verlieren schlussendlich fast alle Staaten und vor allem die 99% – ihnen entgehen wichtige Steuereinnahmen. Gewinner ist das reichste Prozent, wie der inzwischen weltbekannte Ökonom Thomas Piketty genau nachzeichnete¹⁹: Die Vermögen wuchsen massiv an, die Kapitalerträge machten einen immer grösseren Teil der Volkswirtschaft aus.

In einer zusehends vernetzten, globalisierten Welt sehen sich die Bevölkerungen vieler Länder immer wieder den Drohungen der Reichen ausgesetzt, ihr Kapital in das nächste, billigere, steuergünstigere Land zu verschieben. Wir wollen uns nicht länger erpressen lassen und fordern, dass zumindest ein Teil der Gelder des reichsten Prozents rückverteilt wird.

18 https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/finanzberichterstattung/bundeshaushalt_ueb/ausgaben.html

19 Piketty T. (2013): Das Kapital im 21. Jahrhundert

POLITISCHE MACHT DER REICHSTEN

Die massive finanzielle Entlastung der Reichsten in den letzten Jahren ist kein Zufall: Reichtum schlägt sich auch in politischer Macht nieder. Bei Abstimmungs- und Wahlkampagnen fliesst von Jahr zu Jahr mehr Geld, vor allem die Reichsten können sich solche Ausgaben leisten. Dieselben Menschen können ihren Einfluss auch durch massive politische Lobbyarbeit, einflussreiche Thinktanks oder den Kauf von ganzen Medienhäusern oder Universitätsinstituten geltend machen.²⁰

Der Einfluss von Reichen auf die Politik wird verstärkt, weil Menschen mit tiefen Einkommen weniger politisch partizipieren und viele mit der Demokratie unzufrieden sind.²¹ Vielen fehlt inzwischen schlicht der Glaube, angesichts der Machtverhältnisse eine reale Veränderung der Lebensumstände erreichen zu können. Es ist berechtigt zu fragen, welche reale Mitbestimmung die 99% heute noch haben und ob viele relevante politische Entscheidungen vorwiegend von einer kleinen, reichen Minderheit geprägt werden. Zumindest in den USA, dem westlichen Land mit der grössten Zunahme der Ungleichheit, scheint sich diese These zu bewahrheiten: Während die politischen Präferenzen von Personen mit mittlerem Einkommen praktisch keinen Einfluss darauf haben, ob eine Forderung umgesetzt wird, haben die Wünsche der einkommensstärksten 10% einen massiven Einfluss auf die tatsächliche Umsetzung einer Forderung.²² Diese Erkenntnisse lassen sich nicht unmittelbar auf die Schweiz übertragen, doch trotzdem bedroht die steigende soziale Ungleichheit auch das Funktionieren der Schweizer Demokratie, wenn wir nicht rechtzeitig handeln.

Gefangen im Teufelskreis

Es ist höchste Zeit, dass wir uns aus dem herrschenden Teufelskreis befreien: Mit zunehmender Reichtumskonzentration werden die politischen Spielregeln immer mehr nach den Interessen des Reichsten 1% ausgestaltet. In der Folge wachsen ihre Vermögen noch stärker an und ermöglichen ihnen schlussendlich noch mehr politischen Einflussnahme.

Dabei droht eine Intensivierung der Politik der letzten Jahrzehnte: Superreiche und Grossaktionär*innen werden systematisch entlastet, während Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen die Rechnung dafür zahlen.

Privilegien und Extrawürste für Superreiche

Die politische Macht der Reichsten manifestiert sich nicht nur in der Ausgestaltung der Schweizer Finanz- und Steuerpolitik, sie verschaffen sich durch ihre Übermacht auch rechtliche Privilegien und Zugriff zu Ressourcen, die zahlreiche Menschen dringend für ihr Überleben bräuchten. Die Personen mit den höchsten Einkommen verursachen in der Schweiz pro Kopf CO₂-Emissionen, die 20 Mal so hoch sind wie diejenigen der unteren 50%.²³

Dazu können sich reiche Personen Aufenthaltsbewilligungen kaufen und auch Beschränkungen des Immobilienbesitzes durch Personen im Ausland werden oft umgangen, weil lokale

20 vgl. das neu gegründete "Institut für Wirtschaftspolitik" an der Uni Luzern, finanziert von Milliardär Alfred Schindler

21 Schäfer (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa

22 Gilens M./Page B. (2014). Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens. Perspectives on Politics

23 Chancel & Piketty (2015): Carbon and inequality: From Kyoto to Paris

Politiker*innen in einem so grossen Abhängigkeitsverhältnis zu ihnen stehen.²⁴ In vielen anderen Ländern können sich Superreiche sogar Pässe kaufen und damit visafrei auf dem ganzen Globus reisen.

UNGLEICHHEIT FÜHRT ZU KRISEN UND SCHADET DER GESELLSCHAFT

Die Zunahme der ökonomischen Ungleichheit stellt nicht nur grosse Gerechtigkeits-Fragen, sie schwächt auch die Funktionsweise unserer Wirtschaft.

Durch die herrschende Umverteilung von Unten nach Oben wechselt Geld nicht nur den/die Besitzer*in, es wird auch anders verwendet. Die Reichsten besitzen mehr Geld, als man in einem Leben ausgeben könnte. So müsste SVP-Nationalrätin und Milliardärin Magdalena Martullo-Blocher bis zu ihrem Lebensende jeden Tag mehr als eine halbe Million Franken verprassen, um ihr Geld loszuwerden. Ähnlich sieht es auch bei anderen Superreichen aus. Viele von ihnen legen ihre Vermögen deswegen zusehends an den Finanzmärkten an, wo keine realen Güter produziert werden. Ursprünglich waren Finanzmärkte dazu gedacht, die Finanzierung von Unternehmen sicherzustellen, doch heute wird daran zusehends schädliche Spekulation betrieben, die alleine auf die Vermehrung von Vermögen zielt.

Überschuldung und Wirtschaftskrisen

Neuere Studien aus den USA zeigen nun: Die Vermögenskonzentration führt nicht nur zu unproduktiven Investitionen, sondern gleichzeitig zu immer mehr Schulden bei Menschen mit tieferen Einkommen. Denn die Banken vergeben günstige Kredite an ärmere Menschen, um die steigenden Ersparnisse der Reichen anzulegen.²⁵ Diese ärmeren Menschen sind wegen stagnierender Einkommen auf Schulden angewiesen, insbesondere wenn sie sich gängige Statussymbole leisten wollen, welche ihre schlechte ökonomische Situation verschleiern.²⁶ Die steigende Verschuldung ärmerer Haushalte führt zu ökonomischer Instabilität, unter der die tiefen Einkommen meist am stärksten leiden, weil sie bei Wirtschaftskrisen oft als erstes ihre Stelle verlieren. Gleichzeitig konzentrieren sich Vermögen am oberen Ende der Verteilung weiter.²⁷ Diese Schuldenspirale wegen steigender Ungleichheit war verantwortlich für die globale Wirtschaftskrise von 2008.²⁸

Kaufkraft stagniert - das System zerfleischt sich selber

In der Schweiz ist die Situation noch nicht so dramatisch wie in den USA, aber die Tendenz ist eindeutig. Die Vermögensungleichheit steigt, das Geld fehlt gleichzeitig den arbeitenden Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen, deren Kaufkraft stagniert - zwischen 2000 und 2019 hat bei Personen mit den tiefsten Löhnen das verfügbare Einkommen abgenommen, während es in der Mitte nur um 100-300 Franken gewachsen ist - also maximal 15.- pro Jahr.²⁹

24 <https://www.srf.ch/news/schweiz/aufenthaltsrecht-fuer-reiche-goldene-visa-spalten-die-politik>; Lex Koller gebrochen: Behörden drücken bei reichen Ausländern alle Augen zu

25 [How the 1 percent's savings buried the middle class in debt](#)

26 Stockhammer (2013): Rising inequality as a cause of the present crisis

27 [Wealth Inequality and Private Savings: The Case of Germany](#)

28 Stockhammer (2013): Rising inequality as a cause of the present crisis; Wising (2013): Wage stagnation, rising inequality and the financial crisis of 2008

29 Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2020): Verteilungsbericht 2020

Diese Stagnation der Kaufkraft führt dazu, dass weniger Konsumausgaben getätigt werden und die Nachfrage und damit auch die Produktion sinkt.³⁰ Immer mehr internationale Organisationen wie der internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank oder die OECD, warnen deshalb vor den Konsequenzen der Ungleichheit für die Wirtschaftsleistung.³¹ Der Währungsfonds kommt in einer Studie zum Schluss, dass sowohl tiefere Ungleichheit als auch höhere Rückverteilung gut für die wirtschaftliche Entwicklung sind.³² Inzwischen wollen sogar moderate Kräfte wie US-Präsident Joe Biden die Trickle-Down Theorie in den Mülleimer der Geschichte werfen: Steuersenkungen für Reiche nützen eben nur den Reichen.³³

Daneben droht Ungleichheit aber auch, unsere Gesellschaft zu spalten. Egal ob die Anzahl Gefängnisinsass*innen, schlechte Gesundheit, Gewalt, Drogen, oder psychische Erkrankungen, lange Arbeitszeiten oder fehlende Gemeinschaft - all diese Probleme sind in Gesellschaften mit höherer Einkommensungleichheit ausgeprägter. In besonders ungleichen Gesellschaften wie den USA führt die Ungleichheit auch dazu, dass die Lebenserwartung der Menschen mit tiefen und hohen Einkommen auseinander driftet, mittlerweile geht sie sogar trotz steigendem BIP zurück.³⁴

UNGLEICHHEIT: AFFRONT GEGENÜBER DER ARBEITENDEN BEVÖLKERUNG

Auf den vergangenen Seiten haben wir gesehen: Die grossen Vermögensungleichheit und die Übermacht der Superreichen in der Schweiz stellt unsere Gesellschaft vor massive Probleme. Doch die steigende soziale Ungleichheit ist mehr als ein Effizienzproblem, sie ist auch ein Affront gegenüber der arbeitenden Bevölkerung, die von früh bis spät schuftet und unsere Gesellschaft am laufen hält.

Der Wohlstand in unserer Gesellschaft wird von Kassierer*innen, Pfleger*innen, Lehrpersonen und Büroangestellten erarbeitet, sowie von Menschen - überwiegend Frauen - die unbezahlte Arbeit leisten indem sie Kinder erziehen, kochen oder ältere Angehörige Pflegen. Trotzdem fliesst der Löwenanteil des erarbeiteten Wohlstandes in die Taschen von superreichen Abzocker*innen, die ohne einen Finger zu rühren Kapitaleinkommen in Milliardenhöhe einstreichen. Diese Kapitaleinkommen gehen dabei immer zulasten der Löhne der arbeitenden Bevölkerung.

In den vergangenen Jahrzehnten konnten das reichste Prozent und seine Helfer*innen das Steuersystem zunehmend zu seinen Gunsten umbauen. Wir stellen diese Macht und Privilegien in Frage. Wir wollen ein Steuersystem, das den Menschen dient – nicht dem Kapital. Die Vermögenden haben in diesem Land eine unglaubliche Macht. Die bürgerlichen Politiker*innen agieren nach dem Gusto ihrer Geldgeber*innen. Banken- und Pharmedien bestimmen die Politik. Nicht zuletzt zielt die Initiative genau auf das ab, was den Neoliberalen ein Dorn im Auge ist: Nicht das reichste Prozent soll über die Politik bestimmen, sondern wir alle. Die Bevölkerung

30 Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2010): Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft - Auswirkungen auf die Schweizer Konjunktur

31 OECD (2014):

32 Ostry, Berg, Zangarides (2014): Redistribution, Inequality, and Growth (IMF Staff Note)

33 <https://www.theguardian.com/business/2021/apr/29/biden-trickle-down-economics-us-president>

34 [Life Expectancy and Inequality in Life Expectancy in the United States | SIEPR.](#)

muss die Spielregeln festlegen, nach denen die Wirtschaft zu funktionieren hat. Die Lohnabhängigen müssen endlich ihren Anteil am wirtschaftlichen Erfolg zurückerhalten und sollen nicht länger die Milliardenrenditen der Superreichen mit ihrer Arbeit bezahlen müssen.

Die Rückverteilung von Wohlstand und Macht ist ein Gebot der Gerechtigkeit, denn die Vermögen der Superreichen lassen sich längst nicht mehr mit harter Arbeit legitimieren.

So müsste eine Krankenpfleger*in seit über 100 000 Jahre arbeiten und sparen, ohne auch nur einen Rappen auszugeben, um das Vermögen von Magdalena Martullo-Blocher zu erreichen. Das war zehntausende Jahre bevor die ersten Menschen überhaupt den Europäischen Kontinenten besiedelten.

Wenn wir eine gerechte Welt schaffen wollen, dürfen angeborene Privilegien nicht mehr zählen als harte Arbeit.

DIGITALISIERUNG UND AUTOMATISIERUNG STÄRKEN DAS KAPITAL

Die Entwicklung der Wissensökonomie, die massive Stärkung des geistigen Eigentums und die zunehmende Automatisierung sind Faktoren, die die Produktivität des Kapitals erhöhen. Die Macht der großen Konzerne und der Superreichen, die Wissen besitzen, wird dadurch massiv gestärkt und Monopolisierungstendenzen nehmen zu. Letzteres ist eine logische Konsequenz von wissensbasierter Wertschöpfung: Wenn Apple eine neue Technologie entwickelt, kann diese ohne Aufwand einer unbegrenzten Zahl von Kund*innen zugänglich gemacht werden, anders als in einer Schreinerei, wo jeder Tisch neu gebaut werden muss.

Heute gibt es kaum politische Projekte, die sicherstellen, dass die Vorteile des technologischen Fortschritts an die Bevölkerung zurückfließen. Dabei wäre genau das von zentraler Bedeutung, wenn wir verhindern wollen, dass sich die Kontrolle über Produktionsmittel und die gesellschaftliche Macht weiter in den Händen der Reichsten konzentriert.

Eine höhere Besteuerung von Kapitalerträgen ermöglicht es wissensbasierte Wertschöpfung an die gesamte Bevölkerung zurückzuverteilen.

DIE CORONA-KRISE FÜHRT ZU WEITERER SPALTUNG

Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt wer die wahren Stützen unserer Gesellschaft sind. Wir werden durch die Krise getragen von Pflegekräften in den Spitälern, Logistiker*innen in den Paketzentralen, Kassierer*innen in den Einkaufsläden, Apotheker*innen, Lehrer*innen, Kinderbetreuer*innen, Mitarbeitende der Abfallentsorgung. Wir waren froh über die Gärtner*innen, die im Lockdown unsere Gärten, Parks und Balkone begrünter oder die Handwerker*innen, die unser Home Office am Funktionieren hielten. Nach der Krise freuen wir uns darüber, dass wir im Restaurant wieder vom Servicepersonal bedient werden können, dass uns das Personal am SBB-Schalter und im Reisebüro die lang ersehnte Urlaubsreise verkauft und Reinigungsfachkräfte nach uns Fussballstadien und Konzerthallen reinigen werden.

Klassenkampf von oben verschärft sich

Die beeindruckende Leistung der Lohnabhängigen wurde jedoch nicht wertgeschätzt, die Löhne werden 2021 real als Reaktion auf die Krise wohl stagnieren.³⁵ Menschen mit tiefen Haushaltseinkommen mussten einen Einkommensrückgang von 20% wegstecken oder verloren ihren Job. Arme Haushalte mussten in der Folge ihren Konsum reduzieren, weil ihnen das Geld fehlte und ihre Ersparnisse schmolzen zusammen.³⁶

Der Rückgang der Kaufkraft gefährdet auch die Erholung der Selbständigen und der KMU, die von der rechten Parlamentsmehrheit während der Krise im Stich gelassen wurden. Die rechten Parteien verhinderten einen Teilmieterlass für corona-gebeutelte KMU, um die Profite der Immobilienkonzerne zu sichern und setzten sich dafür ein, dass die Millionen-Dividenden der Grossaktionär*innen trotz staatlich finanzierten Kurzarbeitsgeldern weiter flossen.

Entsprechend hat sich die soziale Ungleichheit im Krisenjahr 2020 weltweit weiter verschärft. Die Credit Suisse erwartet für das Jahr 2020 eine Zunahme der Vermögen des reichsten 1% von 6.1%.³⁷ Alleine die wohlhabendsten sechs Schweizer Milliardär*innen wurden zwischen März 2020 und Februar 2021 um 15,5 Milliarden reicher - das ist mehr als die gesamten Corona-Ausgaben des Bundes im Jahr 2020. Gleichzeitig konnten sich die Reichsten auch den meisten anderen Folgen der Pandemie einfacher entziehen. Ärmere Personen waren nicht nur stärker von wirtschaftlichen Ausfällen der Pandemie betroffen, auch ihre physische und mentale Gesundheit verschlechterte sich stärker.

Menschen aus sozioökonomisch weniger starken Quartieren der Schweiz wurden seltener getestet, erkrankten häufiger und mussten öfter corona-bedingt ins Spital. Sie lagen mehr als doppelt so oft auf der Intensivstation und starben 20% häufiger.³⁸

35 [KOF Konjunkturprognose: Fragile Erholung der Wirtschaft – zwei Szenarien für die Zukunft.](#)

36 [Coronavirus crisis is exacerbating inequality in Switzerland – KOF Swiss Economic Institute | ETH Zurich](#)

37 Credit Suisse (2020): Global Wealth Report 2020

38 Riou et al. (2021): Socioeconomic position and the cascade from SARS-CoV-2 testing to COVID-19 mortality: Analysis of nationwide surveillance data

DIE 99%-INITIATIVE

INITIATIVTEXT

EIDGENÖSSISCHE VOLKSINITIATIVE «LÖHNE ENTLASTEN, KAPITAL GERECHT BESTEUERN»

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 127a Besteuerung von Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen

¹ Kapitaleinkommensteile über einem durch das Gesetz festgelegten Betrag sind im Umfang von 150 Prozent steuerbar.

² Der Mehrertrag, der sich aus der Besteuerung der Kapitaleinkommensteile nach Absatz 1 im Umfang von 150 Prozent statt 100 Prozent ergibt, ist für die Ermässigung der Besteuerung von Personen mit tiefen oder mittleren Arbeitseinkommen oder für Transferzahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt einzusetzen.

³ Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

WAS WILL DIE INITIATIVE?

Es gibt Menschen, die müssen arbeiten um zu leben, und es gibt Menschen, die lassen die anderen für sich arbeiten. Die 99%-Initiative will Superreiche, die nur von ihren Kapitalerträgen und somit von der Arbeit anderer leben, höher besteuern. Die Lohnabhängigen sollen wieder mehr Geld zum Leben haben. Dazu sollen Kapitaleinkommen, ab einem durch das Parlament festzulegenden Betrag, mit dem Faktor 1.5 besteuert werden. Betroffen sind insbesondere Dividenden, realisierte Aktiengewinne, Zinsen und Mieteinnahmen. Der Eigenmietwert, Rentenauszahlungen und die Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit sollen dagegen von einer erhöhten Besteuerung ausgenommen werden.

Während Kapitalgewinne, wie Aktiengewinne in der Schweiz bis heute nur in Ausnahmefällen besteuert werden und neu steuerpflichtig sein sollen, führt die Initiative bei den meisten Kapitaleinkommen nicht zu einer neuen Besteuerung, sondern nur zu einer Erhöhung der Steuern.

Unsere Initiative setzt dabei nicht bei den Steuersätzen an, sondern ändert die Berechnung des steuerbaren Einkommens: Hohe Kapitaleinkommen sollen neu 1.5fach gezählt werden. Dies gilt für alle Staatsebenen gleichermassen, also für Gemeinden, Kantone und den Bund. Eine unterschiedliche Bemessungsgrundlage ist dabei kein neues Mittel im Steuergesetz. Heute werden beispielsweise Grossaktionär*innen privilegiert besteuert: Wenn sie mindestens 10% der Aktien eines Unternehmens besitzen, müssen die entsprechenden Dividenden auf Bundesebene nur 0.7fach und in den Kantonen mindestens 0.5fach versteuert werden (also weniger als Lohneinkommen).

Ab welcher Höhe Kapitaleinkommen 1.5fach besteuert werden sollen, wird vom Parlament festgelegt. Wir schlagen dabei für Alleinstehende einen Freibetrag von 100'000 Franken vor. Damit stellen wir sicher, dass Kleinsparer*innen nicht betroffen sind, sondern nur Superreiche, welche so viel Kapitaleinkommen erhalten, dass sie nicht arbeiten müssen.

Nur wer alleine mit Kapitaleinkommen mehr als 100'000 Franken pro Jahr verdient, ist von einer erhöhten Besteuerung betroffen. Allfällige Lohneinkommen werden also beim Freibetrag nicht mitgerechnet. Für Verheiratete und Paare in eingetragener Partnerschaft, sowie bei langdauernder Haltedauer einer Kapitalanlage kann dabei ein abweichender Freibetrag festgelegt werden.

Die zusätzlichen Steuereinnahmen werden zur Entlastung der breiten Bevölkerung verwendet. Hierzu sieht die Initiative zwei Möglichkeiten vor, die sich gegenseitig ergänzen können: tiefe und mittlere Arbeitseinkommen (z.B. steuerbares Einkommen unter 100'000 Franken) werden reduziert besteuert oder Zahlungen zugunsten der sozialen Wohlfahrt werden erhöht. Möglich wären z.B. eine Erhöhung der Prämienverbilligungen, Investitionen in Kindertagesstätten, den öffentlichen Verkehr oder Weiterbildungsmöglichkeiten.

AUSWIRKUNGEN DER INITIATIVE

RECHENBEISPIEL

Die Initiative sieht einen durchs Parlament zu bestimmenden Freibetrag vor. Kapitaleinkommensteile, die über diesem Freibetrag liegen, werden für die Berechnung der Steuererträge mal 1.5 gerechnet. Es wird also das steuerbare Einkommen für die Berechnung erhöht. Im nachfolgenden Beispiel wird mit dem von uns vorgeschlagenen Freibetrag von 100'000 Franken gerechnet:

Eine Person, die im Moment 170 Millionen Franken angelegt hat, erhält bei einer Rendite von 3% rund 5.1 Millionen steuerbares Kapitaleinkommen. Bei einem Freibetrag von 100'000 Franken werden dabei 5 Millionen 1.5fach gezählt, was 7.5 Millionen ergibt. Hierzu würden dann die 100'000 Franken, die nicht betroffen sind, wieder dazugerechnet. Die besagte Person würde also neu über 7.6 Millionen statt 5.1 Millionen steuerbares Einkommen verfügen, was einen höheren Steuerbetrag zur Folge hat. Das Steuerbare Einkommen wird anschliessend mit dem jeweiligen Steuersatz multipliziert, um die geschuldeten Steuern zu ermitteln.

170 Mio
 $170 \text{ Mio} \times 3\% = 5.1 \text{ Mio.}$
 $5.1 \text{ Mio.} - 100'000 = 5 \text{ Mio.}$
 $5 \text{ Mio.} \times 1.5 = 7.5 \text{ Mio.}$
 $7.5 \text{ Mio.} + 100'000 = 7.6 \text{ Mio.}$
7.6 Mio x Steuersatz

Steuerbares Investiertes Vermögen
Erwartete Kapitaleinkommen (bisher)
Abzug des Freibetrags
Neues steuerbares Einkommen über dem Freibetrag
Gesamtes steuerbares Einkommen
Geschuldeter Steuerbetrag

Beispiel kantonale Steuer Zug:

$5.1 \text{ Mio} \times 8\% = 326'399 \text{ CHF}$
 $7.6 \text{ Mio} \times 8\% = 486'399 \text{ CHF}$

geschuldete kantonale Steuer ohne 99%-Initiative
geschuldete kantonale Steuer mit 99%-Initiative

Beispiel kantonale Steuer Graubünden:

5.1 Mio x 11% = 561'000 CHF	geschuldete kantonale Steuer ohne 99%-Initiative
7.6 Mio x 11% = 836'000 CHF	geschuldete kantonale Steuer mit 99%-Initiative

Beispiel kantonale Steuer Freiburg:

5.1 Mio x 13.5% = 688'500 CHF	geschuldete kantonale Steuer ohne 99%-Initiative
7.6 Mio x 13.5% = 1'026'000 CHF	geschuldete kantonale Steuer mit 99%-Initiative

WER IST BETROFFEN?

Durch den hohen Freibetrag sind nur die Allerreichsten von der Initiative betroffen. Um den vorgeschlagenen Freibetrag von 100'000 Franken Kapitaleinkommen zu erreichen, sind bei einer angenommenen Rendite von 3,37% etwas mehr als 3 Millionen Franken angelegtes Vermögen nötig. Ein entsprechendes Vermögen besitzen in der Schweiz nur rund 60'000 Steuerpflichtige – also rund 1% der Bevölkerung.

Eine tatsächliche höhere Besteuerung ist bei einem Vermögen von 3 Millionen Franken aber sehr unwahrscheinlich: Im Normalfall haben Menschen nicht ihr gesamtes Vermögen in gewinnbringende Anlagen investiert, da ein Teil ihres Vermögens aus Gebrauchsgütern wie einem selbstbewohnten Haus besteht, das keinen regelmässigen Profit abwirft.

Wer den Freibetrag von 100'000 Franken nur knapp übersteigt, muss dabei nur mit einer geringen zusätzlichen Steuerbelastung rechnen.

Unternehmen werden mit der Initiative explizit nicht höher besteuert, da die Initiative nur auf natürliche Personen zielt.

MEHREINNAHMEN

Die Initiative schliesst Steuerschlupflöcher und besteuert Kapitaleinkommen höher. Dadurch entstehen Mehreinnahmen von mehreren Milliarden für Bund, Kantone und Gemeinden. Der Hauptteil der Initiative, die erhöhte Besteuerung der Kapitaleinkommen (also z.B. Mieteinnahmen, Zinsen und Dividenden), bringt rund 6.8 Milliarden Franken ein. Doch auch die Abschaffung der Steuerprivilegien wird viel bewirken: Bis zu 2 Milliarden brächte alleine die Besteuerung der Kapitalgewinne ein (z.B. Kursgewinne bei Aktien), hinzu kommen noch mindestens 1.4 Milliarden durch die Aufhebung diverser weiterer Privilegien. Total wird die Initiative Mehreinnahmen von ca. 10 Milliarden generieren. Davon fallen rund 67% bei den Kantonen und Gemeinden an und 33% kommen dem Bund zugute.

Mit der 99%-Initiative würde zusätzlich auch die AHV von höheren Einnahmen profitieren: Unternehmensbesitzer*innen, die selber in ihrem Betrieb arbeiten, haben heute die Wahl, ob sie sich ihr Einkommen als Dividenden oder Lohn ausbezahlen wollen. Die steuerliche Privilegierung von Dividenden hat die erste Option wesentlich attraktiver gemacht, weil Dividenden im Vergleich zu Lohneinkommen nur zu 50%-70% steuerpflichtig sind, wenn Personen mindestens 10% eines Unternehmens besitzen. Unter dieser Verschiebung leidet auch die AHV, denn anders als Lohneinkommen sind Dividenden nicht AHV-abgabepflichtig. So hat die steuerliche Privilegierung von Dividenden bei der AHV zu jährlichen Ausfällen in der Höhe von

300-350 Millionen Franken geführt.

Die 99%-Initiative schafft Anreize, dass Einkommen wieder vermehrt als Löhne ausbezahlt werden, statt als Dividenden und sorgt damit für mehr Geld in der AHV-Kasse.

WOHIN GEHT DAS GELD

Steigende Krankenkassenprämien, Abbaumassnahmen beim Gesundheitssystem und bei der Bildung - das alles weil angeblich nicht genügend Geld zur Verfügung steht. Die 99%-Initiative räumt auf mit diesem Märchen der fehlenden Mittel.

Mit den zusätzlichen 10 Milliarden Franken pro Jahr sollen die unteren und mittleren Einkommen steuerlich entlastet werden. Die zusätzlichen Steuereinnahmen können aber auch für die soziale Wohlfahrt und eine Stärkung des Service Public verwendet werden. Konkret ermöglicht die Initiative damit z.B. eine Senkung der Krankenkassenprämien und generiert zusätzliche Mittel für Weiterbildungsangebote, Kinderkrippen, das Gesundheitssystem oder den öffentlichen Verkehr. Diese Investitionen sind bitter nötig: Hinter uns liegen Jahrzehnte des Abbaus beim Gesundheitssystem und der Bildung, welche zu einer Verschlechterung der öffentlichen Leistungen geführt haben und unser System krisenanfälliger gemacht haben. Dies hat auch die Corona-Pandemie bewiesen, welche in der Schweiz auf ein Gesundheitssystem getroffen ist, welches schon seit Jahren am Anschlag läuft.

Dank der 99%-Initiative können wir den Service public stärken, helfen den unteren Einkommensschichten und bringen das Geld zurück zu denen, die es erarbeitet haben. Damit Krankenkassenprämien keine Luxusfrage werden und Familien mehr zum Leben haben.

WAS DIE SCHWEIZ GEWINNEN KANN

MEHR GERECHTIGKEIT!

Die 99%-Initiative bringt mehr Gerechtigkeit. Wir haben während der Corona-Krise einmal mehr gesehen, dass es die lohnabhängigen 99% sind, die unsere Gesellschaft tragen: Pflegefachkräfte, Kassierer*innen, Logistiker*innen, Apotheker*innen, Lehrer*innen, Kinderbetreuer*innen, Wissenschaftler*innen. Sie erarbeiten den Wohlstand in unserer Gesellschaft, während das reichste 1% die Früchte ihrer Arbeit abkassiert.

Wer für sein / ihr Einkommen arbeiten muss, soll darauf weniger Steuern bezahlen, als Superreiche, die von leistungsfreien Kapitaleinkommen in Milliardenhöhe leben. Schon heute besitzt das Reichste 1% über 43% der Gesamtvermögen in der Schweiz und die 300 Reichsten konnten ihr Vermögen in den letzten sieben Jahren von 352 Milliarden auf unvorstellbare 707 Milliarden Franken verdoppeln.

Zum Vergleich: Eine Pflegerin müsste über 100'000 Jahre arbeiten, um das Vermögen solcher

Multimilliardär*innen wie Hansjörg Wyss oder Gianluigi Aponte zu erreichen - sie müsste also ungefähr 40'000 Jahre bevor erstmals Menschen aus Afrika ausgewandert sind mit der Arbeit begonnen haben.

Die 99%-Initiative verhindert, dass Abzocker*innen wegen Kapitaleinkommen noch reicher werden, während die tiefen und mittleren Einkommen immer mehr unter Druck geraten und und 155'000 Menschen in der Schweiz nicht von ihrem Lohn leben können. Wir wollen diese Ungerechtigkeit stoppen und das Geld an jene Menschen rückverteilen, die dafür gearbeitet haben.

STÄRKUNG DER DEMOKRATIE!

In einer Demokratie müssen alle Menschen dieselben politischen Rechte und Möglichkeiten haben. Die krasse Vermögensungleichheit in der Schweiz gefährdet diesen Grundsatz, denn übermässige finanzielle Macht schlägt sich immer auch in politischer Macht nieder. Wenn sich Superreiche wie Alfred Schindler und Christoph Blocher Universitätsinstitute und Zeitungen kaufen können und damit den öffentlichen Diskurs in ihrem Sinne steuern, dann bedroht das die Demokratie genauso wie wenn bürgerliche Parteien im Parlament Klientelpolitik für ihre reichen Geldgeber machen. Den übermässigen Einfluss der Reichen sehen wir auch bei der Finanzierung von Wahlen und Abstimmungen. So auch bei der 99-Prozent-Initiative, die unter anderem vom Verband "Swiss Family Business" bekämpft wird, in dessen Vorstand Milliardär*innen wie Magdalena Martullo-Blocher oder Klaus Endress ihre eigenen Privilegien verteidigen.

Wir befinden uns heute in einem Teufelskreis, der unsere Gesellschaft zu zerreißen droht: mit zunehmender Konzentration des Reichtums, steigt auch der Einfluss des reichsten 1%. Dies ermöglicht es ihnen, die politischen Rahmenbedingungen immer mehr zu ihren Gunsten auszugestalten und noch mehr Geld anzuhäufen. So wurden die Reichsten in den letzten Jahren systematisch steuerlich entlastet (z.B. bei der Unternehmenssteuerreformen II oder durch Senkungen der Erbschaftssteuer) und superreiche Ausländer*innen können sich sogar Aufenthaltsbewilligungen kaufen.

Die negativen Folgen der Politik fürs reichste 1% bedroht dabei unser Zusammenleben: Mit zunehmender Ungleichheit sinkt das physische und psychische Wohlbefinden der Menschen und Kriminalität und Gewalt nehmen zu.

Wegen dem grossen politischen Machtungleichgewicht verlieren zudem immer mehr Menschen den Glauben an die Politik und Verzicht auf politische Partizipation.

Um diese schädlichen Tendenzen zu stoppen, müssen wir die Zunahme der sozialen Ungleichheit aufhalten und den 99% endlich die Macht zurückgeben.

ENTLASTUNG DER LÖHNE UND MEHR SERVICE PUBLIC

Das Steuer- und Abgabensystem in der Schweiz ist insgesamt kaum progressiv und die Kaufkraft von Menschen mit tiefen und mittleren Löhnen stagniert seit 20 Jahren - sie schuften und haben wegen Mieten und Krankenkassenprämien trotzdem weniger im Portemonnaie. Zudem wurde der Service Public in den letzten Jahren vor allem in den Kantonen massiv geschwächt - Leistungen bei der Bildung, beim ÖV und beim Gesundheitssystem wurden zusammengestrichen und abgebaut. Die Leidtragenden sind auch hier die 99%, zuletzt die Pfleger*innen, welche uns unter der Last eines kaputtgesparten Gesundheitssystems durch die Corona-Pandemie getragen haben.

Mit der 99%-Initiative wollen wir das ändern. Die Initiative generiert jährliche Mehreinnahmen von 10 Mrd. Franken bei Bund und Kantonen. Diese Einnahmen sollen dazu verwendet werden, die lohnabhängige Bevölkerung zu entlasten, indem Steuern auf tiefe und mittlere Arbeitseinkommen gesenkt werden oder der Service Public gezielt ausgebaut wird. Konkret könnten wir mit der Initiative:

- Den ÖV ausbauen oder vergünstigen, um klimafreundliche und bezahlbare Mobilität für alle Menschen sicherzustellen
- Gebührenfreie Kitas finanzieren, damit die Schweiz bei der Gleichstellung endlich vorwärts kommt und vorwiegend Frauen von der Doppelbelastung der Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit entlastet werden.
- Ins Gesundheitssystem und in Prämienverbilligungen investieren, um Familien und tiefe Einkommen bei einem der grössten Ausgabenposten zu unterstützen.
- Weiterbildungsangebote finanzieren, damit Menschen in schrumpfenden oder klimaschädigenden Branchen eine Zukunftsperspektive erhalten.

Damit können wir dafür sorgen, dass jene Menschen, die den Wohlstand unserer Gesellschaft erarbeiten, endlich mehr Geld im Portemonnaie haben.

Mit der 99%-Initiative stärken wir zudem auch die AHV: Die Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen, welche in den letzten Jahren durchgeboxt wurden, haben bei der AHV zu jährlichen Ausfällen von 300 bis 350 Millionen Franken geführt. Dieses Geld holen wir uns mit der 99%-Initiative zurück und stärken den solidarischsten Teil des Rentensystems.

SCHUTZ VOR KRISEN UND ÖKONOMISCHER INSTABILITÄT

Wenn Superreiche mehr Geld erhalten, dann spekulieren sie damit oft unproduktiv auf den Finanzmärkten, weil sie mehr Geld haben, als man in einem Leben für Konsum ausgeben kann. Gleichzeitig verschulden sich die Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen immer stärker. Dies destabilisiert die Wirtschaft und führt zu Krisen.

Zudem haben Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen wegen der zunehmenden Vermögenskonzentration immer weniger Geld zur Verfügung, was die Nachfrage nach Konsumgütern und schwächt und damit auch den Unternehmen schadet, die sie verkaufen.

Dieses Problem wird längst auch ausserhalb der Linken anerkannt: Der Internationale Währungsfonds hat 2017 bemängelt, dass die Durchschnittsbesteuerung für Spitzeneinkommen in der OECD zwischen 1981 und 2015 von 62% auf 35% gefallen ist. Die neoliberale Organisation schlägt

deshalb eine Erhöhung der Progression und stärkere Besteuerung der höchsten Einkommen vor.³⁹ Während der Corona-Pandemie haben sich zudem die Stimmen von Ökonom*innen gemehrt, die zur Stärkung der Wirtschaft und des Service Public eine höhere Besteuerung der Reichsten und Krisengewinner fordern.

Die Erkenntnis ist inzwischen auch in der breiten ökonomischen Debatte angekommen: Das System zerfleischt sich durch die Ungleichheit selbst, darunter leiden die 99% und kleine Unternehmen.

Die 99%-Initiative gibt Gegensteuer, indem sie Geld von den Superreichen ins Portemonnaie der Lohnabhängigen rückverteilt.

STÄRKUNG DER FRAUEN

Frauen erhalten nicht nur weniger Lohn,⁴⁰ sie leisten auch viel mehr unbezahlte Arbeit – als Mütter, die sich um Kinder kümmern, als Töchter, die kranke Eltern pflegen, als Hausfrauen, die abends noch „kurz“ den Abwasch machen.⁴¹ Ohne diese Arbeit würde unsere Gesellschaft in kürzester Zeit zusammenbrechen.

Trotzdem wird diese enorme Arbeit heute kaum wertgeschätzt und Frauen müssen harte ökonomische Einbusse in Kauf nehmen, weil die Belastung durch Care-Arbeit sie zu Teilzeitarbeit zwingt. Die Lohnungleichheit und der tiefere Anteil bezahlter Arbeit führen dazu, dass Frauen heute in der Schweiz trotz gleicher Arbeitsbelastung rund 108 Milliarden Franken weniger verdienen als Männer.⁴² Dies entspricht einer Einkommenslücke von ca. 25'000 Franken pro weiblicher Person in der Schweiz.

Entsprechend sind Frauen bei den tiefsten Einkommen übervertreten.⁴³ Armut ist heute weiblich: Die Armutsquote liegt bei den Frauen mit 8.5% deutlich über derjenigen der Männer (6.2%).⁴⁴ Der Kampf der 99%-Initiative gegen die soziale Ungleichheit ist auch ein feministischer Kampf, mit dem wir das Machtungleichgewicht zwischen den Geschlechtern korrigieren. Wir rücken die Arbeit – auch unbezahlte! – wieder ins Zentrum, entlasten tiefe Einkommen und belasten die Kapitaleinkommen stärker. Mit den Mehreinnahmen wäre es zum Beispiel möglich, Kindertagesstätten und andere Betreuungseinrichtungen zu unterstützen – und somit Frauen ganz gezielt zu entlasten.

39 <https://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/umverteilen-wenn-lagardes-leute-so-toenen-wie-linker-story/20516585>

40 Gemäss Bund verdienen Frauen im Schnitt rund 12.5% weniger als Männer, für Kaderpositionen sogar fast 20% weniger. Für einen Grossteil des Lohnunterschiedes gibt es keine andere Erklärung als Diskriminierung. Vgl. Strub/Bannwart 2017: Analyse der Löhne von Frauen und Männern anhand der Lohnstrukturerhebung 2014.

41 Frauen arbeiten in der Schweiz rund 30 Stunden unbezahlt pro Woche. Vgl. Bundesamt für Statistik 2016: Schweizerische Arbeitskräfteerhebung.

42 <https://www.moneta.ch/es-waere-ein-riesiger-befreiungsschlag>

43 Fast 20% der Frauen müssen von Tiefstlöhnen leben. Der Anteil bei den Männern ist fast dreimal tiefer. Vgl. Derungs et al 2014: Gleichstellung von Frau und Mann.

44 [Frauen sind überdurchschnittlich von Armut betroffen.](#)

BEHAUPTUNGEN UNSERER GEGNER*INNEN

«ALLE REICHEN ZIEHEN WEG»

Dieses Argument wird bei jeder Steuervorlage wieder aus der Mottenkiste geholt - und wird immer wieder wissenschaftlich widerlegt. Trotz interkantonalem Steuerwettbewerb lohnen sich tiefere Einkommenssteuern für Kantone nicht, denn obwohl einige Reiche wegen Steuer-senkungen zuziehen, wiegen die Steuerausfälle bei den bereits im Kanton wohnhaften Personen schwerer. Dies bestätigen mehrerer Studien⁴⁵, sowie bisherige Erfahrungen im Rahmen der Abschaffung der Pauschalbesteuerung im Kanton Zürich. Bei der 99%-Initiative kommt ein weiterer Faktor dazu: Die Steuermobilität der Reichsten innerhalb der Schweizer Kantone ist wesentlich höher als jene zwischen verschiedenen Ländern. Mit unserer Initiative Erhöhen wir die Steuern in allen Kantonen. Superreiche können ihren Wohnsitz also nicht einfach in einen anderen Kanton verschieben, um die Steuer zu umgehen. Die Schweiz wäre auch mit einer Annahme der 99%-Initiative ein steuergünstiger Wohnort für Superreiche und bietet auch anderen Standortfaktoren, wie eine ausgebaute Infrastruktur oder hohe politische Stabilität und Sicherheit.

In Anbetracht dieser Ausgangslage, muss davon ausgegangen werden, dass auch bei einer Annahme der 99%-Initiative ein positiver Effekt resultiert, wovon sogar die liberale NZZ ausgeht.⁴⁶ Bei Untersuchungen zu Vermögenssteuern in der Schweiz konnte zwar durchaus festgestellt werden, dass die Reichsten bei tieferen Steuern höhere Vermögen angeben, jedoch kommen die Studienautor*innen zum Schluss, dass der grösste Teil nicht durch ökonomische Effekte zustande kommt, sondern durch Steuervermeidung und Steuerhinterziehung durch die Reichsten.⁴⁷ Dagegen helfen nicht tiefere Steuern, sondern mehr Ressourcen für Steuerinspektor*innen, um die Superreichen aufzuspüren, die im Vergleich zu den Normalverdienenden ihre Steuern nicht bezahlen.

Für uns ist klar: Wir sind nicht länger bereit uns von den Superreichen erpressen zu lassen. In einer Demokratie müssen alle Stimmen gleich viel zählen, auch wenn die Reichsten versuchen, uns durch Drohungen des Wegzugs oder Steuervermeidung in Geiselhaft zu nehmen. Wenn wir diesen Drohungen nachgeben, wäre die Konsequenz am Ende ein System, welches sich nur noch nach dem Gusto der Reichsten richtet, dies hat mit einer Demokratie nichts mehr zu tun.

«DIE INITIATIVE SCHADET DEN KMU»

Die Initiative besteuert keine Unternehmen, sondern nur das reichste 1% der steuerpflichtigen Privatpersonen. Die Initiative führt also in keinem Fall zu einer höheren Besteuerung von KMU.

45 Martinez (2017): Beggar-Thy-Neighbour Tax Cuts: Mobility after a Local Income and Wealth Tax Reform in Switzerland

46 [Die Juso und das böse Kapital](#)

47 <http://www.hec.unil.ch/mbrulhar/papers/wealthtax.pdf>

Die 99%-Initiative stärkt den KMU sogar den Rücken: Dank der Rückverteilung des gemeinsam erarbeiteten Wohlstandes steigt die Kaufkraft der Bevölkerung, wovon insbesondere lokal orientierte Betriebe wie Restaurants oder Coiffeursalons profitieren. So gibt das einkommensschwächste Fünftel der Haushalte 88% jedes zusätzlichen Frankens für den Konsum aus, während dieser Wert bei den reichsten Haushalten auf 42% sinkt.⁴⁸

Statt Unternehmensgewinne zu besteuern, zielt die 99%-Initiative auf Kapitaleinkommen von natürlichen Personen. Darunter fallen einerseits die Dividenden, welche Unternehmen an ihre Aktionär*innen ausschütten und andererseits die Kapitalgewinne, die beim Verkauf von ganzen Unternehmen oder Aktien anfallen.

Die Mehrheit der KMU-Besitzer*innen wird von der höheren Besteuerung der Dividenden nicht tangiert: 56% der Firmen in der Schweiz zahlen keine Unternehmensgewinnsteuer - Diese Firmen erzielen also gar keinen Gewinn, denn sie in irgendeiner Form als Kapitaleinkommen ausschütten könnten. Dazu kommen über 34% der Unternehmen, welche maximal 10'000 Franken Steuern bezahlen.⁴⁹ Auch ihre Eigentümer*innen dürften die Schwelle von 100'000 Franken Kapitaleinkommen nur selten überschreiten. Bei den wenigen KMU-Eigentümer*innen, die mehr Kapitaleinkommen einstreichen ist es richtig und wichtig, dass wir diese hohen Summen mit der 99%-Initiative gerecht besteuern.

Anders als Dividenden werden Kapitalgewinne nicht immer in dem Jahr ausgeschüttet, in dem die Wertsteigerung stattgefunden hat. Diese kann sich folglich über Jahre summieren und wird dann einmalig ausbezahlt. Etwa wenn Aktien über Jahre gehalten werden und dann mit Gewinn verkauft werden. Die Gegner*innen der 99%-Initiative behaupten, dies führe dazu, dass KMU-Eigentümer*innen ihre Unternehmen verkaufen müssten, um ihre Steuern zu bezahlen und dass erfolgreiche Unternehmensübergaben oder Verkäufe dadurch durch die Besteuerung der Kapitalgewinne verhindert werden.

Beides ist falsch: Die Mehrheit der EU-Länder kennt schon heute eine Kapitalgewinnsteuer ohne, dass die entsprechenden Schreckensszenarien eingetreten sind. Genauso wie in diesen Ländern schlagen wir vor, dass Kapitalgewinne erst dann besteuert werden, wenn sie tatsächlich realisiert werden. Wertsteigerungen führen also erst dann zu höheren Steuern, wenn das Geld zur Begleichung der Steuerlast auch tatsächlich ausgeschüttet wurde.

Auch der Verkauf von Unternehmen wird durch die 99%-Initiative nicht erschwert. Unsere Gegner*innen behaupten, KMU-Eigentümer*innen würden den Verkaufspreis ihres Unternehmens wegen der drohenden Steuerlast erhöhen und Nachfolgelösungen seien deswegen gefährdet. Schon die Erhöhung der Verkaufspreise ist dabei reine Spekulation. Expert*innen von Schweizer Banken, sowie eine Studie der Raiffeisenbank orten die grossen Herausforderungen bei Unternehmensübergaben heute zudem an einem gänzlich anderen Orten.

Die Raiffeisenbank hält fest, dass der Preis für viele Unternehmer*innen zu Beginn des Nachfolgeprozesses ein wichtiges Kriterium darstelle, aber mit fortlaufendem Prozess immer unwich-

48 Haushaltsbudget- erhebung des Bundesamts für Statistik (BFS) für die Jahre 2015 bis 2017, Botschaft des Bundesrats vom 06.03.2020, S. 19

49 [Mehr als die Hälfte aller Firmen zahlt keine Steuern](#)

tiger werden. Die grössten Herausforderungen und Probleme bei Unternehmensübergaben bestehen im emotionalen Bereich oder werden durch zu späte Planung ausgelöst.⁵⁰ Eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen ändert daran rein gar nichts.

«AM SCHLUSS LEIDEN DIE TIEFEN EINKOMMEN»

Diese Behauptung ist zweifach falsch. Wer Kapitaleinkommen im Wert von über 100'000 Franken erhält, hat kein "tiefes Einkommen", alle anderen Menschen sind mit der 99%-Initiative nicht von einer höheren Besteuerung betroffen. Auch die Vorstellung, dass tiefe Steuern für Reiche "heruntertröpfeln" und so Wohlstand für alle schaffen (so die Theorie gemäss "Trickle Down"-Economics) wurde von mehreren Studien widerlegt. Steuersenkungen für das reichste 1% führen zu einer signifikanten Zunahme der Einkommensungleichheit, haben aber keinen positiven Effekt auf ökonomische Kennzahlen wie das BIP pro Kopf oder auf die Arbeitslosigkeit. Tiefere Steuern für Reiche nützen den Reichen, aber sonst niemandem.⁵¹

Es gibt also keinen Anhaltspunkt, dass tiefe Einkommen wegen höherer Steuern für die Reichen leiden müssten, im Gegenteil: Mit der 99%-Initiative schaffen wir die Möglichkeit, die tiefen und mittleren Einkommen steuerlich zu entlasten und den Service Public zugunsten der 99% zu stärken.

«DIE INITIATIVE ZERSTÖRT DIE STARTUP-SZENE IN DER SCHWEIZ»

Die Gegner*innen der 99%-Initiative behaupten Startup-Gründer*innen würden ihre Unternehmen aus Angst vor einer erhöhten zukünftigen Besteuerung ihrer Kapitaleinkommen nicht mehr in der Schweiz gründen. Dem widersprechen die Angaben von Unternehmen, welche die Besteuerung selber nicht als wichtigen Standortfaktor betiteln: Laut einer Studie der FDP-nahen Denkfabrik Avenir Suisse bewerten CEOs die leichte Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften und gute überregionale Verkehrsanbindungen als mit Abstand wichtigste Standortfaktoren. Danach folgen gute Ausbildungsangebote und tiefe administrative Belastung.

⁵²

Für fast alle diese Standortfaktoren ist eine Stärkung des Service Public, wie sie die 99%-Initiative bietet, von zentraler Bedeutung.

Für die Standortwahl bei Start Ups kommen andere wichtige Punkte dazu, welche noch weniger mit gängigen Kriterien des Standortwettbewerbs zu tun haben. Laut einer Umfrage des Berufsverbandes Bitkom liegen persönliche Gründe, also die Nähe zu Freund*innen und Familie, klar auf dem ersten Platz der wichtigsten Standortkriterien. Neben guter Infrastruktur und der Verfügbarkeit von geeignetem Personal sprechen Startup-Gründer*innen zudem der Lebensqualität am Unternehmensstandort eine hohe Bedeutung zu. Darunter fallen beispielsweise Freizeitmöglichkeiten und kulturelle Angebote.⁵³

50 <https://www.raiffeisen.ch/content/dam/www/rch/pdf/firmenkunden/gruendung-und-nachfolge/unternehmens-nachfolge/de/nachfolgestudie-broschuere.pdf>

51 Hope & Limberg (2020): The Economic Consequences of Major Tax Cuts for the Rich

52 [CEOJ-Umfrage zur Standortqualität in der Schweiz](#)

53 [Startups: Persönliche Gründe sind bei der Standortwahl entscheidend](#)

Wenn wir die Liste der beliebtesten Startup-Standorte Europas betrachten, bestätigt sich dieses Bild. Die drei populärsten Standorte - London, Tel-Aviv und Stockholm - liegen allesamt in Ländern, die schon heute eine Kapitalgewinnsteuer kennen. Ihrer Beliebtheit bei Startup-Unternehmern scheint die Steuer nicht zu schaden.⁵⁴

«HÖHERE STEUERN BEHINDERN INVESTITIONEN»

Auch diese Mär wird bei jeder Steuervorlage wieder ausgepackt, um uns weiszumachen, dass Steuern wirtschaftsfeindlich und um jeden Preis zu senken seien. Die Aktionär*innen müssten sich bei höheren Steuersätzen noch höhere Dividenden auszahlen, um ihre Rendite aufrechtzuerhalten und die Steuern bezahlen zu können. Dieses Geld fehle dann in der Wirtschaft - und deshalb müssten die Steuern angeblich gesenkt werden. Diese Aussage lässt sich gleich doppelt widerlegen.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden in der Schweiz immer wieder Unternehmens- und Kapitalsteuern gesenkt oder ganz gestrichen (vgl. Ausgangslage: Steuervergünstigungen für das reichste Prozent). Trotz all dieser Steuergeschenke ist die Investitionsquote gleich geblieben.⁵⁵ Zu ähnlichen Schlüssen kommen auch Studien zu Kapitaleinkommenssteuerreformen in den USA⁵⁶ und Schweden⁵⁷: Der Effekt von Kapitaleinkommenssteuern auf den Umfang von Investitionen ist gesamtwirtschaftlich höchst gering. Die Ausfälle durch die Steuerreformen der letzten Jahrzehnte fliessen nicht wie versprochen in die Realwirtschaft, sondern direkt in die Taschen des reichsten Prozents.

Parallel zu den stagnierenden Investitionen nehmen die Vermögen zu, die zu Spekulationszwecken eingesetzt werden. Die gehandelten Volumen auf den Finanzmärkten entsprechen dabei einem Vielfachen der realen Produktion (vgl. Entwicklung OTC-Derivate). Dem liegen die Vermögen der Superreichen zugrunde, die Kapitaleinkommen einstreichen - ohne realen Gegenwert. Das Geld, das wir durch tiefere Steuern verlieren, fehlt nicht nur in der Realwirtschaft: Es fliesst in ein fiktives Spekulations-System, das nur dem reichsten Prozent dient.

Die höhere Besteuerung von realisierten Kapitalgewinnen und Dividenden schafft dagegen einen Anreiz, den Wert im Unternehmen zu erhalten und damit Investitionen zu tätigen und Arbeitsplätze zu schaffen.

54 [Startup Genome](#)

55 vgl. Bundesamt für Statistik, 2020

56 Yagan 2015

57 Alstadsaeter et al. 2017